

Sozialdemokratischer Presse Dienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Günter Schluckebier MdB
versichert: SPD-Fraktion
wird Möglichkeiten der
Entwicklungspolitik aus-
schöpfen.

Seite 1/2

Jan Oostergetelo MdB
fragt: Wann endlich mehr
Steuergerechtigkeit für
die Landwirtschaft?

Seite 3/4

Hans-Jürgen Augstein
unterstreicht, daß die
Sicherheit für Sozialde-
mokraten Vorrang hat.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Presse Dienst GmbH
Kölner Straße 108-112
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

32. Jahrgang / 229

30. November 1977

Alle Möglichkeiten der Entwicklungspolitik ausschöpfen

Haushalt 1978 stellt Weichen für Beschäftigungs- und Süd-
europaprogramm

Von Günter Schluckebier MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit

Der Deutsche Bundestag hat in seiner EntschlieÙung zur
Entwicklungspolitik vom 27. Oktober 1977 seine Überzeugung
bekräftigt, die für die Zusammenarbeit mit Entwicklungs-
ländern bereitgestellten Mittel wesentlich zu erhöhen. Die
SPD-Fraktion ist entschlossen, dieser Forderung bereits bei
der Ausgestaltung des Haushalts 1978 Nachdruck zu verleihen.

Bei der Beratung des Einzelplans 23 für das Jahr 1978 hat
sie im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit den Haus-
haltsausschuß aufgefordert, die Verpflichtungsermächtigungen
für 1978 über den Regierungsentwurf hinaus um rund zwei
Milliarden DM zu erhöhen.

Die zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen sollen insbe-
sondere für die finanzielle Zusammenarbeit, die technische
Zusammenarbeit, die Förderung von regionalen Entwick-
lungsbanken und die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) ver-
wendet werden.

Die für 1978 vorgesehene Erhöhung des Baransatzes um 23 Pro-
zent stellt einen deutlichen Fortschritt der deutschen
Entwicklungspolitik dar. Um jedoch eine überzeugende und
glaubwürdige Entwicklungspolitik zu ermöglichen und gleich-
zeitig einen Beitrag zur Beschäftigungspolitik zu leisten,
sind wesentlich höhere Verpflichtungsermächtigungen erfor-
derlich.

Im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit ermöglicht die
bislang vorgesehene Verpflichtungsermächtigung nur die Fort-

führung des gegenwärtigen Programms der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Ein Mehrbetrag ist zur Förderung solcher Projekte notwendig, die rasch zum gezielten Einsatz geprüfter entwicklungspolitischer Maßnahmen führen können. Dabei sollen auch solche Vorhaben gefördert werden, die gleichzeitig struktur-, beschäftigungs- und konjunkturpolitisch wirksam sind. Diese Politik liegt sowohl in unserem eigenen Interesse wie auch im Interesse der Entwicklungsländer.

Im Bereich der technischen Zusammenarbeit ist die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung erforderlich, um Neuvorhaben in ausreichendem Umfang in Angriff zu nehmen und die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in die Lage zu versetzen, ihre Projekte der technischen Zusammenarbeit zweckmäßig und umfassend zu planen und durchzuführen. Dadurch soll insbesondere den ärmsten Ländern und den ärmeren Bevölkerungsschichten geholfen werden.

Ein Teil der zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung soll zur Vorbereitung eines speziellen Südeuropa-Programms dienen. Durch Einsatz entwicklungspolitischer Erfahrungen und Instrumente ist sicherzustellen, daß den Ländern Portugal, Spanien und Griechenland rasch und wirkungsvoll geholfen werden kann.

Die Erhöhung des Stammkapitals der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG) ist im Interesse eines verstärkten privaten Kapitaltransfers in Entwicklungsländer notwendig. Die Erfahrungen der DEG stellen sicher, daß der Einsatz deutscher Privatinvestitionen einschließlich der Übermittlung von Fertigkeiten und Fähigkeiten der deutschen Arbeitnehmerschaft und des Managements einen sinnvollen Beitrag zu den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer leisten kann.

Die entwicklungspolitische Arbeit der politischen Stiftungen, Kirchen und der privaten Hilfsorganisationen verdient hohe politische Anerkennung. Sie kommt vorrangig den ärmeren Bevölkerungsschichten zugute und wird zu einem erheblichen Teil durch private Spenden finanziert. Um diese Arbeit nicht zu beeinträchtigen, sollen die dafür vorgesehenen Förderungsmittel erhöht werden.

Als deutscher Beitrag zur friedlichen Lösung der Konflikte im südlichen Afrika werden Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung von Menschen aus den betroffenen Gebieten vorgeschlagen. Der Deutsche Bundestag hat in seiner eingangs erwähnten Entschließung die Bundesregierung aufgefordert, ihre Mittel noch mehr als bisher darauf zu konzentrieren, Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen im südlichen Afrika sowohl für Verwaltungsfunktionen als auch im technischen Bereich anzubieten. Diesem Anliegen soll durch ein Vier-Jahres-Programm Rechnung getragen werden.

Im Hinblick auf die beträchtliche Volumensteigerung und auf die Übernahme neuer Aufgaben der Entwicklungspolitik (Nord-Süd-Dialog, Afrika-Politik, Technologietransfer, Handels- und Investitionsförderung, europäische Entwicklungsfragen) ist eine angemessene Erhöhung der Stellen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig.

(-/30.11.1977/ks/ja)

+ + +

Mehr Steuergerechtigkeit für die Landwirtschaft

Selbst Bauern verstehen Steuerpolitik für Landwirte nicht mehr

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Bundestags-Agrarausschusses

Wir wollen eine leistungsfähige Landwirtschaft. Zur Landwirtschaftspolitik gehört auch die Steuerpolitik als Mittel der Einkommenspolitik. Seit Jahren steigen die Gewinne der Landwirtschaft im Durchschnitt um etwa zehn Prozent jährlich. So erfreulich die Steigerung der Gewinne auch sein mag, so wenig verständlich ist die steuerliche Bevorzugung eines bestimmten Teiles eines einzigen Berufsstandes. Diese Bevorzugung stört das soziale Gleichgewicht der Bauern untereinander und im Verhältnis zu Arbeitnehmern und Gewerbetreibenden.

Landwirte mit Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen zahlen praktisch keine oder nur eine sehr geringe Einkommensteuer. Beim Übergang zur Buchführung infolge geringer betrieblicher Änderungen ergibt sich dann sehr schnell eine Steuerlast in 10- bis 20-facher Höhe. Die einseitigen Vergünstigungen in dem jetzigen Ausmaß müssen endlich abgebaut werden. Hier gilt es, einen Ausgleich, insbesondere bei den bäuerlichen Betrieben zwischen den buchführungspflichtigen und den nichtbuchführungspflichtigen, zu schaffen. Es ist zu hoffen, daß die von der Bundesregierung eingesetzte wissenschaftliche Kommission ihr Gutachten bald vorlegt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist es höchste Zeit, mehr Steuergerechtigkeit unter den Landwirten und gegenüber anderen Steuerzahlern zu schaffen.

Die Gleichmäßigkeit der Einkommensermittlung verlangt, daß alle Berufsgruppen ihren Anteil an der Finanzierung öffentlicher Ausgaben zu tragen haben. Unter dieser Voraussetzung kann erwartet werden, daß die übrige Gesellschaft der deutschen Landwirtschaft weiterhin Wohlwollen entgegenbringt.

Es gibt 100 000 landwirtschaftliche Betriebe in der Bundesrepublik mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 13,3 Hektar. Der Anteil der Landwirtschaft am gesamten

Steueraufkommen hat 1950 noch 50 Prozent betragen und ist inzwischen rapide herabgesunken auf unter fünf Prozent. Die Zahl der Buchführungsbetriebe beträgt seit Jahren etwa 40 000. Die gleiche Zahl von Betrieben ist buchführungspflichtig, kommt dieser Pflicht jedoch nicht nach. Der Gewinn dieser Betriebe wird geschätzt. Es bleiben rund 800 000 Betriebe, deren Gewinn früher nach GDL, heute nach § 13a, also nach Durchschnittssätzen, zu ermitteln ist.

Beispiel: (ohne Sonderabschreibungen und Zuschläge)

- a) Ein 50-ha-Betrieb nach GDL hat je nach Hackfruchtanteil 50 - 105 DM pro ha zu versteuern. Hier sind 55-60 Großvieheinheiten mit abgegolten.

Das bedeutet: der Betrieb hat 2.500 - 5.000 DM zu versteuern.

- b) Ein Betrieb in gleicher Größe, der buchführungspflichtig ist, hat 900 - 1 000 DM pro ha zu versteuern.

Das bedeutet, daß der gleiche Betrieb wie im Beispiel a) nicht 2.500 - 5.000 DM, sondern das 10- bis 20-fache, also 50.000 DM zu versteuern hat.

Wir müssen unsere Landwirtschaft im Rahmen der EG wettbewerbsfähig halten. Steuerpolitik als Instrument der Einkommenspolitik für die Landwirtschaft ist nur gerechtfertigt, wenn eine Steuergerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft zumindest annähernd gewollt erreicht wird. Auch die Landwirtschaft muß beim schrittweisen Hineinwachsen in die normale wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bereit sein, alle Subventionen immer wieder auf ihre Berechtigung und ihren wirtschaftlichen Sinn hin zu überprüfen.

Ich möchte dazu beitragen, den Zuerwerbs- und Kleinbetrieben, besonders in benachteiligten Regionen, zu helfen, eine leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten und eine steuerliche Gleichbehandlung der Landwirte auch im Interesse des Berufsstandes zu erreichen.

(-/30.11.1977/h1/10)

+

+

+

Vorrang für die Sicherheit

SPD-Parteitag demonstrierte Verantwortungsbewußtsein

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Der Hamburger Parteitag der SPD hat wieder einmal gezeigt, wie falsch es wäre, Panikmachern Glauben zu schenken. Da waren schlimmste Zerreißproben, ja Abstimmungsniederlagen für Bundeskanzler Helmut Schmidt und seine Regierungsmannschaft prophezeit worden. Nichts dergleichen aber ist eingetreten. Im Gegenteil: Die deutsche Sozialdemokratie hat einmal mehr demonstriert, wie groß ihr Verantwortungsbewußtsein für unsere Republik und ihre Menschen ist.

Wer das Wesen der Demokratie, nämlich harte und sachliche Auseinandersetzung um aktuelle Probleme und deren Lösung, nicht begriffen hat, der mochte in den Wochen und Monaten vor Hamburg meinen, die SPD wüßte auf die drängenden Fragen der Gegenwart keine Antworten. Am Ende dieses Parteitages aber ist für jedermann in unserem Land deutlich, was die Sozialdemokraten in Partei, Fraktion und Regierung zu tun gedenken, um mit den Herausforderungen durch den Terrorismus, die Arbeitslosigkeit oder der Konflikte in der Weltpolitik fertig zu werden.

Dabei wurde in jeweils deutlichen Mehrheitsentscheidungen der Sicherheit ein klarer Vorrang eingeräumt. Das heißt hinsichtlich des Kampfes gegen den Terrorismus, daß nichts unterbleibt, was nach dem Urteil der Fachleute geschehen muß, um mit dieser Bedrohung unserer inneren Sicherheit fertig zu werden. Das heißt aber auch, daß wir Sozialdemokraten allen Versuchen widerstehen werden, demokratische Freiheiten einzuschränken, um damit angeblich die Demokratie zu schützen.

Vorrang für die Sicherheit - das heißt nach wie vor: Die Wiederherstellung und Bewahrung der Vollbeschäftigung bleibt oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik. Hier kommt den Energieproblemen große Bedeutung zu. Der SPD-Parteitag hat sich zur heimischen Kohle als dem ersten Energieträger bekannt. Zugleich wurde der Weg zu einem weiteren Ausbau der Kernenergie unter Wahrung aller Sicherheitsvorkehrungen nicht verbaut. Das bedeutet für die Menschen, vor allem im Ruhrgebiet: Sicherung der Arbeitsplätze und zusätzliche Impulse für die Exportwirtschaft.

Der Tod eines beispielhaft wirkenden Sozialdemokraten, Wilhelm Dröscher, hat den Hamburger Parteitag überschattet und wurde zugleich zum Symbol für den rastlosen Einsatz, den viele Politiker dieser Partei im Dienst an ihren Mitmenschen leisten. Für die Partei erwächst daraus immer aufs neue die Verpflichtung, in ihrem Wirken in der Verantwortung auf allen Ebenen des Gemeinwesens nicht nachzulassen; das entspricht ihrer Tradition aus der Arbeiterbewegung und ihrer heutigen Bedeutung als große und umfassende Volkspartei.

In dieser Arbeit wird die SPD getragen durch die Solidarität, die die Basis mit der Führungsspitze und umgekehrt verbindet. Helmut Schmidt, Willy Brandt, Herbert Wehner und Hans Koschnick sind in Hamburg in ihrer Führungsaufgabe eindrucksvoll bestätigt worden. Nun, da der Streit ausgeblieben ist, spricht die Opposition von dem Kitt, mit dem die Macht mühsam erhalten werden sollte - man kann es der CDU/CSU eben nie recht machen. Die SPD und die mit der FDP gemeinsam getragene Bundesregierung werden sich dadurch nicht beirren lassen. Sie tun, was die Verantwortung für unseren Staat von ihnen verlangt.

(-/30.11.1977/ks/10)